Bund Deutscher Kriminalbeamter

Optimale Werbung für unsere Landespolizei?

22.11.2017

In der Online-Ausgabe der „Ostsee-Zeitung“ vom 20. November 2017 fand sich unter der Rubrik „Ausbildung, Studium und Beruf“ eine Werbeanzeige der Landespolizei für den eigenen Nachwuchs - bedauerlicherweise mit Makeln ausgestattet.

Getreu dem nicht nachvollziehbaren Streben nach einer einheitlichen Universalpolizei, in der jeder alles kann oder können muss, wird optisch und auch sprachlich zunächst einmal nur noch für Polizistinnen und Polizisten, also für den Bereich der Schutz- und Bereitschaftspolizei, geworben. Natürlich ist und bleibt es wichtig, junge und dynamische Nachwuchskräfte für den Streifendienst zu gewinnen. Gleiches gilt aber auch für die Sparten Wasserschutz- und Kriminalpolizei. Und auch diese hätten in einer Anzeige zur Nachwuchsgewinnung werbewirksam mit dem einen oder anderen Foto dargestellt werden können.

Wir kritisieren jedoch nicht um der Kritik willen. Andere Bundesländer und der gesunde Menschenverstand geben vor, dass junge und interessierte Bewerber sich schon vor einer Ausbildung oder einem Studium für eine bestimmte Polizeisparte entscheiden. Hier sehen wir einen entscheidenden Verlust bei der Gestaltung der Werbeanzeige. Zukünftige Wasserschützer oder Kriminalisten dürften sich von der optischen Reklame weniger angezogen fühlen und vielleicht schon einiges Interesse verlieren.

Noch dramatischer wird es im weiteren Text. Zwar werden jetzt die einzelnen Zweige unserer Polizei namentlich aufgezählt und in ihnen eine abwechslungsreiche, vielfältige Tätigkeit versprochen, doch zumindest für die Kripo bleibt das zunächst ein Traum. Grundsätzlich kann niemand darauf vertrauen, nach seiner Ausbildung eine Anstellung bei der Kriminalpolizei zu erringen. Dafür sorgen die vorgeschriebenen, mehrjährigen Erstverwendungen von Absolventinnen und Absolventen in der Bereitschaftspolizei und im Streifendienst.

Eine frühzeitige Erkennung von Perspektiven für die berufliche Zukunft oder eine Hinwendung zu einer bestimmten Polizeisparte darf nicht erst in der Ausbildung erfolgen. Hier muss vorher eine Klärung geschaffen werden. Mit der Überprüfung der Ausbildung in Brandenburg scheint die

Front der Verweigerer von spezialisierten Ausbildungen bei der Polizei immer mehr zu bröckeln. Auch Mecklenburg-Vorpommern wird zukünftig fachorientierte Studien anbieten müssen, wenn wir nicht ganz den Boden unter den Füßen und etliche potentielle Bewerberinnen und Bewerber an andere Bundesländer verlieren wollen.

Das unsere Aus- und Fortbildung neben etlichen Ecken und Kanten in der alltäglichen Polizeiarbeit reformbedürftig ist, dürfte ein offenes Geheimnis sein. Dass unsere Annoncen und die Werbung nicht immer die Realität widerspiegeln, bestätigt wohl der folgende Fakt. Inzwischen hat bereits der vierte Seiteneinsteiger (externe Spezialisten aus dem privaten Bereich) seinen Job im Landeskriminalamt gekündigt oder ist in einen ganz anderen öffentlichen Sektor gewechselt. Offensichtlich ist der Graben zwischen Anspruch und Versprechen sowie der Wirklichkeit – zumindest bei einigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – zu tief.

Um die Frage der Überschrift zu beantworten: Wir halten die Werbung nicht für optimal; auch hier wäre ein Zusammengehen mit den Gewerkschaften und Berufsvertretungen ratsam und sicherlich sehr effektiv. Wir stehen dafür jedenfalls bereit.

Ostsee-Zeitung

Für Rückfragen:

Ronald Buck

0171-1440304

ronald.buck (at) bdk.de

Schlagwörter
Mecklenburg-Vorpommern
diesen Inhalt herunterladen: PDF